

Medienmitteilung

Inakzeptable einseitige Sparmassnahmen

Direkter Angriff auf das Personal

Solothurn, 23. Oktober 2024 – Das heute präsentierte Massnahmenpaket des Regierungsrates ist ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeitenden in Spitälern, Verwaltung, Gerichten und Schulen. Inakzeptabel ist insbesondere die komplette Streichung des Teuerungsausgleichs für 2025. Die Massnahmen lasten einseitig auf den Schultern des Personals. Die Personalverbände fordern hier eine deutliche Korrektur, wenn der Kanton ein attraktiver Arbeitgeber bleiben will.

Der Regierungsrat hat beschlossen, dem Personal für 2025 den Teuerungsausgleich vollständig zu verweigern. Dies bedeutet, dass die Löhne 2025 real um 1,5 Prozent gekürzt werden, da die Teuerung mit Null ausgeglichen wird. Dies, nachdem das Personal bereits 2024 einen Teuerungsverlust von 1 Prozent erleiden musste. Zudem soll der Erfahrungsanstieg auf 24 Jahre verlängert, die Dienstaltersgeschenke reduziert und die Krankentaggeldleistungen gekürzt werden. Dass auch noch die AHV-Ersatzrente gestrichen werden soll, bedeutet einen Vertrauensbruch gegenüber langjährigen Angestellten. Wenigstens verzichtet die Regierung auf die Kürzung des Lebo, was eine zusätzliche Lohn- und Rentenkürzung bedeutet hätte.

Mirco Müller, Präsident des Staatspersonal-Verbandes, stellt klar: «Insgesamt ist das Paket unausgewogen, lasten doch 2025 fast 50 Prozent der Einsparungen auf den Schultern des Personals, gleich viel wie auf allen anderen Beteiligten zusammen. Dies ist für die Personalverbände nicht akzeptabel. Das Personal erwartet hier vom Regierungs- und Kantonsrat eine deutliche Korrektur».

Weitere Auskünfte

Mirco Müller, Präsident Staatspersonal-Verband, 079 815 80 66